

Warum ist es so schwer, religiöse Vielfalt zu leben? Eine zeithistorische Erkundung am Beispiel des Islams

Thomas Großbölting — Politik & Kultur 1/2013

Der Streit um den Auftritt von koranverteilenden Salafisten, die Diskussion um die Beschneidung von muslimischen Jungen, die Konflikte um die Errichtung von Moscheen oder das Tragen eines Kopftuches – auch wenn die mediale Berichterstattung kein verlässlicher Indikator für die Wahrnehmung des Islams in Deutschland ist, so zeichnet sich doch in diesen Beispielen eine Tendenz ab: Die Deutschen, so hat eine empirische Befragung des Exzellenzclusters Religion und Politik aus dem Jahr 2011 ergeben, haben einen wesentlich kritischeren Blick auf den Islam als beispielsweise ihre europäischen Nachbarn in Frankreich, Dänemark oder den Niederlanden. Stärker als die dortige Bevölkerung sind sie gegen den Bau von Moscheen oder Minaretten und sprechen sich weniger dafür aus, den Anhängern anderer Religionen gleiche Rechte zuzugestehen.

Es sind nicht direkte Kontakte zu Muslimen, die diese Anschauung prägen, im Gegenteil: In Deutschland, so gaben die Befragten an, gibt es besonders wenige Kontakte zwischen nicht-muslimischen Deutschen und Angehörigen islamischer Glaubensgemeinschaften. Es sind eher unwillkürliche Übertragungen der internationalen Berichterstattung mit ihren Beispielen tatsächlichen oder vermeintlichen islamischen Terrors, die die Wahrnehmung beeinflusst. Die-

ser Zusammenhang existiert aber nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Warum also tut sich die deutsche Gesellschaft anscheinend besonders schwer, mit religiöser Pluralität im Allgemeinen und mit dem Islam im Speziellen?

Um Gründe dafür ausfindig zu machen, bietet es sich an, den Blick vor allem auf die Mehrheitsgesellschaft selbst zu richten. Von den Klassikern der Migrationsforschung wie Georg Simmel und anderen lernt man eines zuallererst: Es sind in der Regel nicht die wenigen Migranten, die die Situation in einer Gesellschaft entscheidend bestimmen. Stattdessen sind es die vielen bereits heimischen Menschen und die von ihnen getragenen Konventionen, Mentalitäten und gesellschaftlichen Strukturen, die ihrerseits determinieren, wie sich die »Neuen« integrieren oder außen vor bleiben. In welchen Formen und mit welcher Ausrichtung sich islamisches Leben in Deutschland entwickelte, war abhängig von den Strukturen des vorzufindenden sozialen, politischen und religiösen Feldes. In diesem Sinne hat jede Gesellschaft den Islam, den sie verdient – so hat es 2001 der niederländische Soziologe Jan Rath formuliert.

Islamisches Leben in Deutschland ist kein neues Phänomen. Bereits seit dem 19. Jahrhundert gab es Muslime in Deutschland. Aber

erst mit der in der Bundesrepublik einsetzenden Arbeitsmigration wuchs die islamische Gemeinschaft zu einer sozial, politisch und auch religiös bedeutsamen Größe, die auch öffentlich breit wahrgenommen wurde. Die Wahrnehmung der Einwandernden als religiöse Menschen setzte erst zeitverzögert ein: Die gesellschaftliche Selbstverständigung über die Migration kam in den 1970er-Jahren weitgehend ohne Bezug auf den Islam aus. Nach zeitgenössischer Ansicht waren es vor allem Arbeitskräfte auf Zeit, sprich: »Gastarbeiter«, die nach Deutschland kamen, so dass sich die Frage nach ihrer Religion oder anderen Einstellungen erübrigte.

Erst im Diskurs der 1980er-Jahre wurden aus den einwandernden Türken, Afghanen, Pakistani und den Angehörigen arabischer Länder »die« Muslime und »der« Islam. Bis in die zwischen 2006 und 2009 vom Innenministerium abgehaltene »Islamkonferenz« setzt sich diese Tendenz zur Essentialisierung islamischer Religion fort. Nicht soziale, politische oder kulturelle Belange vereinten nun in der Wahrnehmung die Gruppe der Migrantinnen und Migranten, sondern vor allem deren Religiosität. Mit dieser Engführung wird nicht nur die darüber hinausgehende Vielfalt von Interessen und Positionen innerhalb dieser Gruppe beiseite gewischt, sondern auch die internen Veränderungen in der Religiosität bleiben unberücksichtigt. Ähnlich avancierte Religion auch bei der Konstruktion der Opposition zu einer Identitätsressource. Als Gegengruppe traten nicht »die Christen« auf, sondern die Nicht-Muslime. Selbst die großen christlichen Kirchen boten sich nicht wegen ihrer besonderen Botschaft als dem Staat und der Gesellschaft angemessene Religionen an, sondern betonten in Abgrenzung zum Islam vor allem ihre stärker säkulare Ausrichtung. Der Bezug auf Religion entwickelte sich eher abstrakt: Das Christentum gewann in die-

sen Abwehrreflexen nicht als religiöse Überzeugung an Gewicht, sondern vor allem als Traditionselement eines »abendländischen« Kulturkreises. Das Läuten von Kirchenglocken beispielsweise erscheint auf dem Hintergrund dieser Haltung weniger als Einladung zur Messfeier, sondern vor allem als Teil des Brauchtums.

Dieser Diskursverlauf entsprach der religionspolitischen Konstellation: Vor allem die deutsche Politik agierte auch in den 1980er-Jahren und zum Großteil bis heute in den Bahnen, die sich im Verhältnis von Staat und Kirche in der jungen Bundesrepublik ausgebildet hatten. Im Grundgesetz von 1949 hatte man wesentliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung übernommen. In der politischen Praxis füllte man dieses Gesetzeswerk aber wesentlich religionsaffiner. In Schule und Hochschule, in der Aufsicht der öffentlich-rechtlichen Medien, durch die staatliche Kirchensteuerhebung – die evangelische und die katholische Kirche wurden in vielfacher Hinsicht in das öffentliche Leben eingebunden. Ihre Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts gab diesem Engagement das juristische Fundament. Diese als »hinkende Trennung« von Kirche und Staat charakterisierte Konstellation existiert in vielen Belangen bis heute.

Das Zusammenspiel von Staat und christlichen Kirchen hat zur Überwindung des Zweiten Weltkriegs erheblich beigetragen. Der dafür zu zahlende »Preis« war eine Ausblendung der Ansprüche anders religiöser und nicht-religiöser Menschen. Der »Preis« stieg mit der stärkeren Pluralisierung und Heterogenität des religiösen Feldes: Aktuell sind nur noch ca. ein Drittel der Bundesbürger Mitglieder der protestantischen, ein weiteres Drittel Angehörige der katholischen Kirche. Ein weiteres Drittel ist nicht-konfessionell gebunden. Hinzu kommt eine Zahl von derzeit vier Millionen Muslime

und viele Angehörige anderer Religionsgemeinschaften oder neureligiöser Bewegungen. Die aktuelle Religionspolitik wie auch die gesellschaftliche Diskussion religiöser Fragen orientiert sich aber nach wie vor in hohem Maße an der »hinkenden Trennung« von Staat und christlichen Kirchen. Auf diese Weise werden sie der neuen Heterogenität im religiösen Feld nicht gerecht. Die Privilegierung der christlichen Großkonfessionen blockiert die Integration von Gemeinschaften anderen religiösen Bekenntnisses. In Deutschland stoßen »neue« Religionsgemeinschaften wie der Islam religionspolitisch in dem Maße an eine »gläserne Decke«, wie die Privilegierung der christlichen Großkonfessionen die gleichberechtigte Integration anderer Religionsgemeinschaften in Frage stellt.

Gleich ob Staatskirchentum oder Laizismus: Jedes Arrangement zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften ist auf religiöse Neutralität und Unparteilichkeit als eine Form des gleichen Abstands zwischen Staat und den verschiedenen Religionsgemeinschaften angewiesen. Die Garantie von Religionsfreiheit von staatlicher wie auch von Bindung an Verfassung und Gesetz von Seiten der religiösen Gruppen sind weitere Bausteine für ein gedeihliches Miteinander. Wenn aber der Abstand des Staates zu allen Religionsgemeinschaften grundsätzlich gleich ist und zugleich auch die Rechte der Nichtreligiösen gewährleistet sind, dann spricht nichts gegen eine kooperative Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften.
